

Investoren fordern Kontrolle bei Menschenrechten

Nächste Woche befindet der Nationalrat über die Konzerninitiative. Nun nehmen auch namhafte Investoren Stellung.

Albert Steck

Kaum ist die Vorlage zu den Unternehmenssteuern unter Dach, zeichnet sich der nächste grosse Urnengang für die Wirtschaft ab: die Konzernverantwortungsinitiative. Diese will Schweizer Firmen weltweit zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards verpflichten. Laut Meinungsumfragen stösst das Begehren auf breite Sympathie. Über 70% der Befragten sprachen sich dafür aus. Die Wirtschaftsverbände sind dagegen, sie warnen vor einer Klageflut.

Unter der Leitung der Anlagestiftung Ethos nimmt nun erstmals eine Gruppe von 23 Investoren mit Geldern von 400 Mrd. Fr. Stellung zur Initiative, darunter

die Pensionskassen mehrerer Städte und Kantone. «Wir machen uns stark für eine gesetzliche Sorgfaltsprüfung bei den grösseren Firmen», sagt Ethos-Direktor Vincent Kaufmann. «Die Einhaltung von ethischen und ökologischen Standards ist im Interesse der Aktionäre, welche als Besitzer die Verantwortung tragen.» Das zeige auch das kräftige Wachstum der nachhaltigen Anlagen in der Schweiz. Deren Volumen stieg 2018 um rund 80% auf 700 Mrd. Fr.

Mit ihrem Vorstoss unterstützen die Investoren den Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative, die der Nationalrat letztes Jahr beschloss. Dieser will den Kreis der betroffenen Firmen und die Haftungskriterien weniger streng auslegen als die ursprüngliche Vorlage. Dennoch wären die Initianten zu einem Rückzug bereit, wenn der Gegenvorschlag durchkommt. Weil

sich der Ständerat im März aber dagegen aussprach, kommt es nächste Woche zu einer entscheidenden Abstimmung: Der Nationalrat muss entscheiden, ob er am Kompromiss festhält.

Vincent Kaufmann befürwortet den Gegenvorschlag auch deshalb, weil die Transparenz bei den Menschenrechten weltweit zunehme. «Viele andere Länder wie Grossbritannien, Frankreich oder die Niederlande kennen diese Standards schon heute.»

Der gefundene Kompromiss sei auch für die Konzerne positiv, erklärt Kaufmann. «Die Wirtschaft ist auf eine breite Verankerung in der Bevölkerung angewiesen. Das Bekenntnis zu verantwortungsvollen Geschäftsprinzipien trägt dazu bei.» Andernfalls bestehe bei einem Urnengang das Risiko, dass die Initiative entgegen dem Willen der Wirtschaft Erfolg habe - was die Konzerne genau verhindern wollten.